uni-report

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Nr. 4 — 2. Jahrgang 20. Mai 1969

STRAF-ANZEIGEN
Eine Übersicht auf Seite 3

Stand der Disziplinarverfahren
Seite 5

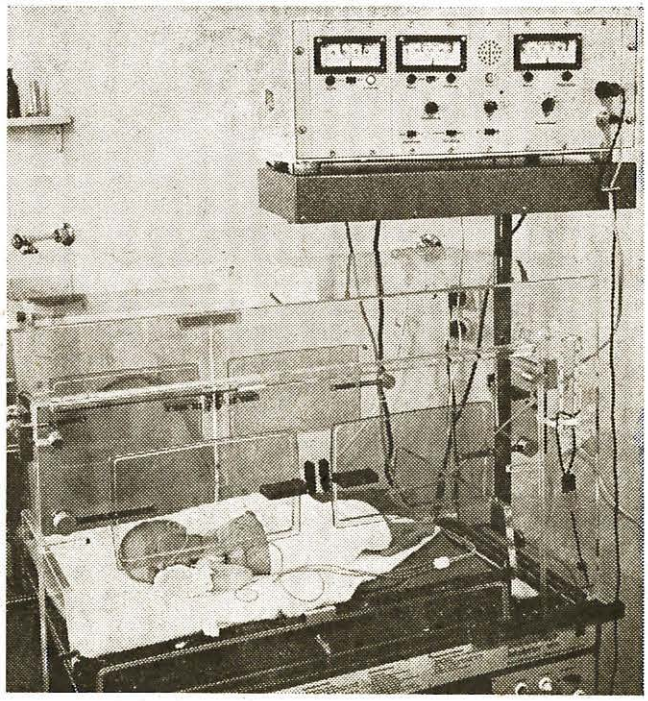
LEGITIMATION DER FACHSCHAFTEN
Seite 6

Fachbereich Geburtshilfe-Kinderheilkunde

Eine interdisziplinäre Intensivbehandlungseinheit in Frankfurt

Während an den deutschen Hochschulen mehr und mehr Pläne für „Fachbereiche" erarbeitet werden, die nach vielfältigen Gesichtspunkten einzelne Disziplinen zusammenschließen sollen, wird jetzt an der Frankfurter Universitäts-Frauenklinik ein solches interdisziplinäres Modell konkret vorbereitet: Die Intensivbehandlungseinheit für Neugeborene wird nicht nur eine Lücke zwischen Frauenklinik und Kinderklinik schließen, sie soll auch interdisziplinäre Ausbildungsstätte für einen neuen Spezialisten werden. Seine Kenntnisse liegen auf den Gebieten der Geburtshilfe, der Neugeborenen- beziehungsweise Frühgeborenenbehandlung und der Anästhesie, insbesondere Beatmung. Mit der Fertigstellung des Projekts im Neubau der Universitäts-Frauenklinik, das gemeinsam von Kinder- und Frauenklinik seit 1966 aufgebaut wird, ist im nächsten Jahr zu rechnen.

Aus der Statistik der Säuglingssterblichkeit geht hervor, daß von den nicht überlebenden Neugeborenen ein relativ sehr hoher Anteil innerhalb des ersten Tages und hier wiederum innerhalb der ersten Stunden stirbt. Zu einem Teil sind diese Kinder wirklich nicht lebensfähig, die Betrachtung der Todesursache lehrt jedoch, daß bei sofort einsetzender Behandlung eine nennenswerte Zahl von Kindern zu retten ist. Wirksam kann diese Behandlung aber nur unter zwei Voraussetzungen sein: sie muß sofort, das heißt an Ort und Stelle einsetzen, und sie muß ohne Unterbrechung fortgesetzt werden können. Der Transport eines zwar wiederbelebten, aber noch schwerkranken Kindes unterbricht die Überwachung und Behandlung in gefährlicher Weise. Deshalb wurde die Intensivbehandlungseinheit direkt neben die Entbindungsräume



Frühgeborenes im Inkubator. Auf der Konsole darüber befindet sich ein Überwachungsgerät für Atemtätigkeit, Herzfrequenz und Temperatur. Klebeelektroden am Brustkorb des Kindes registrieren hierzu das Elektrokardiogramm und die aus den Atembewegungen resultierenden elektrischen Widerstandsschwankungen des Brustkorbes.
Foto: v. Loewenich

gelegt — womit auch die stetige Präsenz des Neugeborenen-Spezialisten beim Kreißsaal gewährleistet wird.

Bei den gefährdeten oder schwer kranken Neu- und Frühgeborenen, die in der neuen Abteilung betreut werden, handelt es sich in der Mehrzahl um Kinder, deren Atmung aus verschiedenen Ursachen nicht oder nur ungenügend in Gang gekommen ist. Andere lebensbedrohende Zustände beruhen auf besonders schweren Blutgruppenverträglichkeiten, wieder andere auf Folgen eines krankhaften Geburts- oder Schwangerschaftsverlaufs, auf Stoffwechselstörungen oder Mißbildungen. Allen diesen Situationen ist ihre akute Bedrohlichkeit gemeinsam.

Die Intensivbehandlungsabteilung ersetzt keineswegs die übliche kinderklinische Neu- und Frühgeborenen-Station. Dorthin werden die Kinder verlegt, sobald ein risikoarmer Transport möglich ist und Maßnahmen nicht mehr zu erwarten sind, die an die speziell apparative und personelle Ausstattung der Intensivbehandlungs-Einheit gebunden sind. Die Aufgabe dieser Station liegt vielmehr darin, wenige Patienten, die eines besonders hohen diagnostischen und therapeutischen Aufwandes bedürfen, für die Dauer einer akuten Gefährdung zu versorgen, zum Beispiel während einer maschinellen Dauerbeatmung. Das bedeutet unter anderem stete Einsatzbereitschaft besonderer diagnostischer Hilfsmittel.

Hinzu kommt, daß die im hohen Maße infektionsgefährdeten Neu- und vor allem Frühgeborenen aus hygienischen Gründen nicht in die den erwachsenen Patienten zur Verfügung stehenden Röntgen-, EKG- oder ähnliche Stationen gebracht werden dürfen. Die Abteilung ist deshalb mit einem leistungsfähigen Röntgengerät, einem EKG-Apparat, Blut- und Atemgas-Analyse-Gerät und einer kleinen Laboreinrichtung ausgestattet. Dazu kommen Apparaturen zur Dauerüberwachung von Atmung und Kreislauf sowie Beatmungsgeräte. Jedes Kind ist in einem Inkubator untergebracht. Diese im Volksmund auch als „Brutkästen" bezeichneten Geräte bestehen aus einer Plexiglashaube, unter der das Kind von allen Seiten sichtbar liegt, und einem Heizungs- und Belüftungssystem, das eine genaue Dosierung von Temperatur, Sauerstoff und Luftfeuchtigkeit erlaubt.

Der technische und damit der finanzielle Aufwand sind demnach beträchtlich. Dankenswerterweise hat die Stiftung Volkswagenwerk den größten Teil der apparativen Ausstattung übernommen. Neben der Überwachung der Kinder wird dadurch die Bearbeitung wissenschaftlicher Fragestellungen ermöglicht.

Aber nicht nur der materielle Aufwand ist notwendigerweiße groß, sondern erst recht der personelle. Soll die Kontinuität der Überwachung und Behandlung gewahrt bleiben, dann kommt konsequenterweise nur ein Schichtdienst in Frage, und zwar nicht nur bei den Schwestern, sondern ebenso bei den Ärzten. Für die maximal acht Patienten werden wenigstens sechs Ärzte benötigt, die einander im Dienst ablösen. Davon sollen zwei der Abteilung langfristig angehören, während die übrigen vier, Kinderärzte, Geburtshelfer und eventuell auch Anästhesisten, eine befristete Ausbildung in der Neugeborenen-Notfall-Medizin erhalten sollen. Nur in Ausnahmefällen wird nämlich auch noch in den nächsten Jahrzehnten jeder geburtshilflichen Abteilung ein Kinderarzt zur Verfügung stehen. In der Regel bleibt die Erstversorgung des Neugeborenen dem Geburtshelfer oder allenfalls dem Anästhesisten vorbehalten. Beide müssen deshalb mit den zahlreichen Besonderheiten der Neugeborenen-Medizin vertraut sein.

Auch der Bedarf an Schwestern ist groß. Drei Schichten zu je mindestens drei Schwestern und eine gleich große Reserveschicht stellten das absolute Minimum dar; Vergleiche mit Intensivpflege-Stationen der Erwachsenenmedizin lassen diesen Voranschlag eher als zu gering erscheinen. Es bleibt zu hoffen, daß trotz des augenblicklichen Schwesternmangels die Inbetriebnahme der Abteilung nicht gerade hierdurch zum Scheitern verurteilt ist. Hilfreich würde sich hier zweifellos eine den besonders hohen Anforderungen der Intensivbehandlung angemessene Dotierung auswirken. V. v. Loewenich/L. v. K.

Senatsprotokolle werden veröffentlicht

In seiner Sitzung am 15. Februar beschloß der akademische Senat, künftig einmal im Semester zu einer öffentlichen Veranstaltung einzuladen.

Der Senat hat ferner beschlossen, in Anwendung der WRK-Empfehlung zur Öffentlichkeit von Sitzungen der Selbstverwaltungsgremien (Wortlaut siehe unten) zukünftig Senatsprotokolle zu veröffentlichen, die alle Beschlüsse enthalten und ebenso die wesentlichsten Erwägungen, die zu den Beschlüssen geführt haben.

Die Senatsprotokolle hängen am Mitteilungsbrett des Rektorats im Haupteingang der Universität und im Informationszentrum vor der Pressestelle aus. Über die wichtigsten Beschlüsse wird darüber hinaus im „uni-report" berichtet.

WRK zur „Öffentlichkeit"

Hinter dem die öffentliche Diskussion beherrschenden Schlagwort der „Öffentlichkeit" der Sitzungen von Hochschulorganen verbergen sich in Wahrheit zwei durchaus unterschiedliche Probleme:

Einerseits die Frage der Offenheit und Offenlegung der Akte der Akademischen Selbstverwaltung, zu der sich die WRK in ihrer Godesberger Rektorenerklärung vom 6. 1. 1968 bekannt hat. Diese Offenheit wird erreicht durch eine Mitwirkung aller in der Hochschule vertretenen Gruppen an den Arbeiten der Selbstverwaltungsorgane. Sie wird ergänzt durch eine Offenlegung von Tagesordnungen und Beschlüssen dieser Organe. Beides wird von der WRK nach wie vor bejaht.

Eine ganz andere Frage ist, ob die Beratungen der Selbstverwaltungsorgane derart öffentlich stattfinden dürfen und sollen, daß ihnen Personen beiwohnen können, die den Organen nicht angehören und die nicht in derselben Verantwortung stehen wie ihre Mitglieder.

Diese Öffentlichkeit hat nicht nur die Funktion einer Kontrolle, sondern prägt auch in maßgebender Weise den Verhandlungsstil der ihr unterworfenen Organe. Sie ist berechtigt in den großen Foren, in denen vorberatene legislative Entscheidungen fallen und in denen über politisches Handeln Rechenschaft abgelegt wird. So halten es die Parlamente des Bundes und der Länder sowie die Vertretungen der Gemeinden. Im akademischen Bereich sind mit diesen Institutionen allenfalls die Großen Senate, Konvente oder Konzile vergleichbar, die Berichte der Hochschulspitze entgegennehmen, diese Spitze wählen und Satzungen beschließen. Auch zu ihren Sitzungen sind Zuhörer aus dem Universitätsbereich — in ähnlicher Weise wie zu Parlamentssitzungen — zuzulassen.

Keinen Platz hat diese Öffentlichkeit hingegen in allen Gremien, in denen ein auf gegenseitige Verständigung zielender Gedankenaustausch stattfindet, in denen die Teilnehmer sich — jedem überzeugenden Argument offen — gegenübertreten und Lösungen erst gewonnen werden sollen. Im Interesse der deliberativen Funktion dieser Gremien lehnt auch die Deutsche Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungspraxis aller Stufen und Ebenen grundsätzlich für sie die Öffentlichkeit ab, um nicht die offene Diskussion zu gefährden. Fast alle Parlamentsausschüsse tagen — ebenso wie Kabinette und Verwaltungsausschüsse — hinter geschlossenen Türen. Damit ist einem elementaren Gebot der repräsentativen Demokratie entsprochen, daß auch im Bereich der Hochschulen Geltung beansprucht und für Senate, Fakultäten und Kommissionen bisher galt und auch weiter gelten muß, nachdem Vertreter von Assistenten und Studenten in diese Gremien aufgenommen wurden. Geht man von diesem Grundsatz ab, ergibt sich der Zwang zu einem unangemessenen Verwaltungsaufwand bei der Beschlußvorbereitung. Auch die Unmittelbarkeit der sachorientierten Diskussion müßte leiden. Auf wissenschaftliche Erkenntnis orientierte Menschen, welche Selbstverwaltungsaufgaben nicht als Routinearbeit auf dem politischen Parkett erfüllen, werden nur dann in der Lage sein, in Senaten, Fakultäten und Kommissionen im Interesse der gesamten Universität fruchtbar mitzuarbeiten, wenn sie frei sind, in voller Offenheit ihre Argumente zu entwickeln und andererseits überzeugende Gegenargumente anzuerkennen.

Strafanzeigen und Strafverfahren

Eine Übersicht

Die Universität erstattete seit November 1967 in zwölf Fällen Strafanzeigen. Der „uni-report" bringt eine chronologische Übersicht über diese noch nicht abgeschlossenen Fälle:

1. Gegen sieben Studenten wegen einer Vorlesungsstörung bei Prof. C. Schmid im November 1967.
2. Gegen die Eindringlinge in das Rektorat (Mai 1968). Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind abgeschlossen.
3. Gegen H. J. Krahl, der nicht an der Frankfurter Universität immatrikuliert ist, wegen Hausfriedensbruchs (Nichtbeachtung des erteilten Hausverbots).
4. Gegen Unbekannt wegen Beschmierens eines Hörsaals im November 1968.
5. Gegen Unbekannt wegen der Besetzung des Instituts Myliusstraße im Dezember 1968. Die Ermittlungen wurden vorläufig abgeschlossen.
6. Gegen Unbekannt wegen Verklebens und Beschädigens von Türschlössern in verschiedenen Hörsälen und Instituten. Die Ermittlungen wurden vorläufig abgeschlossen.
7. Gegen zwei Studenten wegen Eindringens in die Ratssitzung der AfE im Dezember 1968.
8. Gegen Eindringlinge in das Seminar für Gesellschaftslehre im Januar dieses Jahres.
9. Gegen unbekannte Steinwerfer, die im gleichen Monat mehrere Fensterscheiben des Hauptgebäudes zerstörten. Die Ermittlungen wurden vorläufig abgeschlossen.
10. Gegen die Eindringlinge in das Zimmer des Universitätsrates.
11. Gegen Unbekannt wegen Urkundenfälschung (Rüegg-Unterschrift auf dem sogenannten „Spitzelplakat").
12. Gegen die AStA-Mitglieder Hartmann, Zeitinger und Prewo wegen Beleidigung.

Weitere Strafanzeigen wegen der Innen- und Außenwände der Universität werden noch erstattet. Selbstverständlich werden wegen der Vorgänge der letzten Tage ebenfalls Strafanzeigen erstattet und soweit erforderlich, Strafanträge gestellt werden.

Hausverbot besteht gegenwärtig für die Studenten Blüm und Delp, ferner gegen Herrn Krahl (siehe auch unter Strafanzeigen). Das Hausverbot erstreckt sich nur auf das Universitätshauptgebäude.

Veranstaltungen

Am Dienstag, dem 20. Mai, spricht Prof. P. Ax (Göttingen) um 17 Uhr im großen Hörsaal der Biologischen Institute in der Siesmayerstraße über **„Struktur und Dynamik der Mikrofauna des Meeressandes"**.

Im Rahmen des Geographischen Kolloquiums findet am gleichen Tag um 18 Uhr im Seminarraum des Geographischen Instituts (Senckenberganlage 36/Zimmer 308) ein Vortrag von Dr. G. Nagel (Ffm.) über **„Verwitterungserscheinungen im Basalt auf Spitzbergen"** statt.

Die 299. Sitzung der Frankfurter Medizinischen Gesellschaft am Mittwoch, dem 21. Mai um 20 Uhr s. t. im Hörsaal der Chirurgischen Universitätsklinik, Ludwig-Rehn-Str. 14, ist einem Vortragsabend der Universitäts-Kinderklinik gewidmet. Dr. H. Vettermann gibt eine **„Demonstration zur Indikation** und Möglichkeit einer Anwendung der Atrio-Septostomie mit dem Rashkind-Katheter bei Transposition der großen Gefäße". Zum Thema „Immunologische Untersuchungen über die pathogenische Bedeutung einer Nucleoproteid-Gruppe mit hoher Affinität zum Kollagen" tragen bei: Prof. Dr. G. Wilhelm: „Abtrennung sowie Charakterisierung der Nucleoproteid-Gruppe und ihre grundlegenden immunologischen Eigenschaften", Dr. J. Dippell: „Untersuchungen beim rheumatischen Fieber" und Dr. B. Kornhuber: „Untersuchungen bei der akuten Leukose".

Wie wär's zur Abwechslung mal damit?

Gar keine schlechte Idee, die DBV sympathisch zu finden. Warum?

Die DBV hat einen Lebensversicherungstarif entwickelt, dessen Leistungen sich optimal dem Berufsweg des Studierenden und damit den Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung anpassen.

Die DBV gibt Ihnen Rückendeckung beim Studium. Das erstens.

Zweitens: Nach dem Studium, in den ersten 5 Berufsjahren, ist es wieder die DBV, die für Sie in die Bresche springt, wenn Ihnen etwas zustoßen sollte. Denn für den Gesetzgeber müssen Sie ja nun erst die sogenannte „Kleine Wartezeit" absolvieren, bevor Sie im Notfall mit einer Rente aus der Sozialversicherung rechnen können.

Welche Möglichkeiten Ihnen unser speziell für Studenten entwickelter Lebensversicherungstarif *später* bietet, mit welchen Gewinnen und Vorteilen Sie rechnen können, welche Versicherungssumme im Erlebens- oder Todesfall fällig wird — das alles möchten wir Ihnen in einem persönlichen Gespräch ausführlich erklären.

Fragen Sie uns bitte.

DBV

Deutsche Beamten-Versicherung

Deutschlands größte öffentlichrechtliche Lebens- und Rentenversicherungsanstalt

Bezirksdirektion Frankfurt
6 Frankfurt, Goetheplatz 7, Tel. 28 44 49

Gutschein

Ich möchte mich unverbindlich und kostenlos über Ihren „Vario-Tarif" für Studenten informieren. 139

Name _____

Anschrift _____

Brandstiftungen und Steinwurf-Orgien

Chronologie der jüngsten Ereignisse

In den letzten April-Tagen inszenierten SDS und AStA eine Machtprobe mit der Universität und der Polizei, die zu den bislang schwersten Auseinandersetzungen an der Frankfurter Universität führten. Der AStA hatte die Aktionen zuvor mit einem Plakat angeheizt, in dem er, einem bestehenden Urteil zum Trotz, zu Gewalttaten gegen die Universität aufforderte. Unbedenklich wurde von den Regisseuren dieses Spektakels der menschlich bedauernswerte Fall des persischen Kommilitonen Taheri zum Vehikel radikaler Umsturzversuche benutzt.

Die Aktion endete mit einer Niederlage der Revoluzzer. Die Solidarisierung, die man mit derartigen Provokationen zu erreichen versucht hatte, blieb aus. Die Zahl der Studenten, die sich vom SDS in Schlachten mit der Polizei treiben ließ, war geringer als je zuvor. Der Versuch, unter den Arbeitern Kampfgenossen zu finden, schlug am Vorabend des 1. Mai und am 1. Mai selbst wiederum kläglich fehl.

Spontan entwickelten sich in mehreren Fakultäten AD-HOC-Gruppen, um dem Terror entgegenzutreten und eine Hochschulreform entgegen allen Versuchen des SDS, diese als „revolutionsschädigend" abzuwürgen, voranzutreiben.

22. 4.

Studenten der „Basisgruppe Soziologie" und zwei „Blumenmädchen", die Prof. Adorno auf dem Podium belästigen, sprengen dessen Vorlesung „Einführung in das dialektische Denken". Zwei Mitglieder der „Basisgruppe AfE" sprengen die Ratssitzung der AfE, in der über die neue Studienordnung diskutiert werden sollte. Die „Basisgruppe Germanistik" kündigt an, drei Tage später eine Aufnahmeklausur von Prof. Burger sprengen zu wollen.

23. 4.

Prof. Rüegg legt (im „uni-report" Nr. 3/69) ein Zehn-Punkte-Programm zur Reform der Universität vor.

Der persische Student Achmed Taheri verlangt, nachdem er die Anmeldefrist (14. 3.) versäumt hat, noch für das Sommersemester in der Philosophischen Fakultät eingeschrieben zu werden. Da er stichhaltige Gründe für das Versäumnis nicht anführt, wird er vom Universitätsrat abgewiesen; zugleich wird ihm nahegelegt, weitere Unterlagen für sein Gesuch einzureichen, die eine neue Entscheidung ermöglichen. Am Nachmittag äußert B. Bluem, Mitglied im Bundesvorstand des SDS, in einem Gespräch mit dem Universitätsrat, falls der Antrag Taheris am nächsten Morgen erneut abgelehnt würde, stünden einen Tag später einige hundert SDS-Leute vor dem Rektorat. In einem nicht unterzeichneten Flugblatt, das gegen 17 Uhr verteilt wird, heißt es: „Falls die Universität sich weiterhin weigert, Taheri die Fortsetzung seines Studiums zu gestatten, wird dafür gesorgt werden, daß Ihre Verwaltung in Zukunft ohne Anmelde- und Immatrikulationsakten auskommen muß."

24. 4.

Während A. Taheri erneut beim Prorektor vorspricht, sammeln sich in der Vorhalle des Universitätshauptgebäudes und auf dem Platz davor etwa 500 Studenten, fordern ultimativ Taheris Einschreibung und drohen, das Rektorat zu stürmen. Um Ausschreitungen zu verhindern, steht Polizei bis zum frühen Nachmittag in Bereitschaft. In Vertretung des abwesenden Rektors sagt der Prorektor, Prof. Rammelmeyer zu, den Fall Taheri erneut zu prüfen, lehnt es jedoch ab, unter Druck zu entscheiden. Wegen der Drohungen des SDS bleibt das Sekretariat zum Schutze der Immatrikulationsakten geschlossen. Die vor dem Rektorat versammelten Studenten kündigen weitere Aktionen für die folgenden Tage an.

Prof. Adorno (Philosophie) sagt, nachdem weitere Störungen seiner Lehrveranstaltungen angekündigt werden, seine Vorlesung und sein Hauptseminar bis auf weiteres ab. Die Vorlesung von Prof. Süllwold (Psychologie) wird durch eine Buttersäurebombe gestört und muß abgebrochen werden.

25. 4.

Wegen der angekündigten Sabotage der Einschreibungen ist im Universitätshauptgebäude Polizei stationiert. Zwei Stunden lang verläuft der Sekretariatsbetrieb normal. Indessen ruft der SDS in einem Flugblatt auf, die Rückmeldungen zu verhindern, bis Taheri sich einschreiben könne. Gegen 10 Uhr versuchen SDS-Mitglieder, Studenten, die sich einschreiben wollen, zu behindern und den Betrieb des Sekretariats zu blockieren. Es kommt zu Schlägereien zwischen den wartenden Studenten und den Eindringlingen. Im Hauptgebäude wird Buttersäure verschüttet. An den Arbeitsplätzen der Sachbearbeiterinnen explodieren Knallkörper. Die gefährdeten Angestellten verlassen ihre Arbeitsplätze, die Einschreibungen müssen unterbrochen werden. Polizeibeamte räumen die Vorhalle und den Gang vor dem Sekretariat und lassen nur noch kleine Gruppen von Studenten zum Sekretariat durch. Bei der Räumung kommt es zu Zwischenfällen und Festnahmen. Gegen sieben der Festgenommenen wird Strafanzeige erstattet. Gegen 12.30 Uhr sind alle einschreibewilligen Studenten eingeschrieben und die Zugänge wieder geöffnet. Daniel Cohn-Bendit meldet sich zurück und verteilt anschließend Boykottaufrufe. Die Rückmeldefrist wird wegen der Behinderungen verlängert. Die germanistische Aufnahmeklausur von Prof. Burger wird wie angekündigt gesprengt. Sonst verläuft der Vorlesungsbetrieb weitgehend ungestört.

28. 4.

In einem mit „AStA" unterzeichneten Flugblatt wird wieder zur Blokkade der Einschreibung, zur Sprengung von Vorlesungen und Seminaren aufgerufen (ein AStA-Sprecher betont später, das Flugblatt sei nicht vom AStA verfaßt). Während die Einschreibungen unter Polizeischutz in der Frühe normal beginnen, sammeln sich vor dem Hauptgebäude Studenten. Das Polizeiaufgebot wird verstärkt. Bei einem Teach-in fordern SDS-Sprecher dazu auf, ins Hauptgebäude einzudringen und die Einschreibungen zu verhindern. Unter Führung von Frank Wolff (SDS) drängen etwa hundert Personen vor das Sekretariat. Die Eindringlinge werfen Buttersäure und Knallkörper. Die Einschreibungen müssen unterbrochen werden. Polizeibeamte drängen die Demonstranten ins Freie, einige Studenten werden festgenommen. Während die Polizei den Haupteingang abriegelt, werden die Einschreibungen fortgesetzt. Vor dem Hauptgebäude ist jetzt eine Menge von etwa 500 Personen versammelt. Als Flaschen und Steine fliegen und die Eingangstür zersplittert, bilden Polizisten einen schützenden Halbkreis vor dem Haupteingang und stellen Sperrgitter auf. SDS-Sprecher treiben über Lautsprecher die Menge an. Nachdem die Polizei wieder zurückgegangen ist, schieben Demonstranten eine Barrikade bis dicht vor das Hauptgebäude. Es werden massiert Steine, Kanonenschläge, Eier und Säurebeutel geworfen. Als Wasserwerfer auffahren, erfolgt ein Flaschenbombardement aus dem Studentenhaus; es wird von innen verbarrikadiert, Polizeibeamte stürmen das Haus, es gibt Verletzte auf beiden Seiten, etwa 25 Studenten, darunter der AStA-Vorsitzende Thomas Hartmann, werden festgenommen. Die Menge der Demonstranten wird mit Wasserwerfern zurückgedrängt. Die Unruhe klingt ab, das Universitätsgebäude bleibt von Polizei bewacht.

Eine Reihe von Vorlesungen und Seminaren, darunter auch Klausurprüfungen, werden gesprengt, zum Teil gegen den ausdrücklichen Mehrheitsbeschluß der hörenden Studenten.

Der AStA kündigt rechtliche Schritte gegen das Vorgehen der Polizei im Studentenhaus an.

29. 4.

Der zurückgekehrte Rektor gibt bekannt, daß der Antrag Achmed Taheris, trotz versäumter Anmeldefrist noch eingeschrieben zu werden, wegen falscher Angaben abgewiesen werde. Prof. Rüegg teilt zugleich mit, daß die Voraussetzungen für die Gewährung des von Taheri beantragten Asyls völlig unabhängig von der Aufnahme in die Universität geprüft werden.

Vor dem Hauptgebäude kommt es wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Demonstranten werfen Steine, Knallkörper, Flaschen und Gußeisenstücke auf die Polizeibeamten, die die Universität abschirmen. Mit Wasserwerfern werden die Demonstranten zurückgedrängt. In der blockierten Bockenheimer Landstraße kommt es zu Auseinandersetzungen mit wartenden Autofahrern, Autos werden demoliert, Straßenpflaster wird aufgerissen. Unter den festgenommenen Demonstranten sind Daniel Cohn-Bendit und SDS-Bundesvorstandsmitglied Udo Riechmann. Abends sind beide wieder auf freiem Fuß.

In einem Hörsaal kommt es zu Schlägereien zwischen Studierwilligen und „Sprengtrupps" des SDS. Der größte Teil der Lehrveranstaltungen findet statt.

Während der Auseinandersetzungen wird am späten Vormittag im Arbeitsraum des Statistischen Seminars mit vier Benzinbehältern ein Brand gelegt, der einen Schaden von rund 20 000 DM verursacht. Durch anonymen Anruf wird versucht, die Feuerwehr zu irritieren und ihren Eingriff abzuwenden. Bei wenig späterem Erscheinen der Feuerwehr hätte der gesamte Dachstuhl des Westtraktes in Flammen aufgehen können. Es besteht Lebensgefahr für die in der Nähe arbeitenden Studenten und Angestellten. In einer Toilette im neuen Hörsaalgebäude wird am Nachmittag ein weiterer Brand gelegt. Gegen Abend verstopfen Unbekannte die Waschbecken zweier Hörsäle und drehen die Wasserhähne auf. Das Wasser sickert in die darunterliegenden Stockwerke, bevor der Schaden bemerkt wird.

30. 4.

Reduzierte Polizeieinheiten sichern weiter das Universitätshauptgebäude. Es bleibt im wesentlichen ruhig.

In einer außerordentlichen Sitzung spricht der Senat Rektor und Prorektor sein Vertrauen für ihr Verhalten während der vergangenen Tage aus und betont seine Entschlossenheit, den Studierenden das Recht auf ihr Studium zu sichern. Nach weiterer Verlängerung der Einschreibefrist sind die Einschreibungen abgewikkelt.

2. 5.

Nachdem es am 1. Mai im wesentlichen ruhig geblieben ist, hebt der Rektor am 2. 5. den Polizeischutz auf.

Chronologelei

Auch die „asta-information" hat in ihrer letzten Ausgabe in gewohnter Objektivität eine Dokumentation der Ereignisse um den „Fall Taheri" gebracht. Zu Vergleichszwecken drucken wir diese Dokumentation ungekürzt und unkommentiert nach:

Mittwoch, *23. 4.: Universitätsadministration verweigert dem Iraner Achmed Taheri die Immatrikulation. Begründung: Versäumnis der „Ausschlußfristen"; einen Teil dieser Frist verbrachte Taheri nach seiner widerrechtlichen Verhaftung in U-Haft, Abschiebehaft und in der Nervenklinik.* **Donnerstag:** *Taheris Widerspruch wird abgelehnt teach-in vor der Universität.* **Freitag:** *Verwaltungsteil der Universität von Polizei besetzt; Polizei knüppelt ein friedliches sit-in vor dem Immatrikulationsbüro auseinander.* **Montag:** *Polizei stürmt das Studentenhaus, verprügelt willkürlich Studenten, durchsucht Zimmer im Wohnheim-Teil des Studentenhauses ohne Haussuchungsbefehl.* **Dienstag:** *Teile der Universität weiter von Polizei besetzt; Polizei startet Offensive gegen teach-in; wieder Knüppeleien und willkürliche Verhaftungen; Studenten werden noch bis ins Westend verfolgt, dort verprügelt und festgenommen."*

Stand der Disziplinarverfahren

Anfang Februar 1969 nahm die Universität Ermittlungen zur eventuellen Einleitung von Disziplinarverfahren auf. Wegen Vorlesungsstörungen im Fachgebiet Mathematik wurde gegen sechs Studenten Beschuldigung erhoben, vier Studenten wurden wegen der Störung psychologischer Lehrveranstaltungen angeschuldigt. Zwei Studenten wurden beschuldigt, weil sie Kommilitonen nötigten, ihnen Farbe aus den Beständen des „Quartier Latin"-Materials zu geben, um damit die Wände in der Universität zu beschmieren.

Von den insgesamt zwölf Beschuldigten machten sechs von ihrem Recht auf Anhörung Gebrauch. Am 28. März sollte der Senat über die Anschuldigung in sechs Fällen entscheiden. Dieser Termin mußte kurzfristig abgesagt werden, da der Anwalt der Beschuldigten weitere Entlastungszeugen benannte. Die Vernehmung dieser Zeugen dauert noch an, ein neuer Termin für die Verhandlung wurde noch nicht festgesetzt. Der Anwalt legte ferner Widerspruch gegen die Bescheide ein, mit denen die Voruntersuchungen des Universitätsrates eingeleitet wurden. Der Widerspruch wurde vom Rektor zurückgewiesen, da er die Ansicht des Anwalts, es bestehe kein gültiges Recht für derartige Disziplinarverfahren, nicht teilt. Die bisherige Rechtsprechung Frankfurter und Kasselaner Verwaltungsgerichte stützt die Auffassung des Rektors.

Die restlichen sechs Fälle

Die Ermittlungsverfahren gegen zwei gegen Vorlesungsstörung angeschuldigter Studenten wurden inzwischen eingestellt, da ihnen eine Störung der Veranstaltung nicht nachgewiesen werden konnte. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen werden zwei weitere Verfahren voraussichtlich in Kürze aus dem gleichen Grund eingestellt werden. Einem Beschuldigten erteilte der Rektor einen schriftlichen Verweis.

HESSEN-NASSAUISCHE

Die Versicherungsanstalt der Sparkassen

WIESBADEN

Ein zuverlässiger Partner in Versicherungsfragen

Auskunft und Beratung
Verwaltungsstelle Frankfurt
Zeil 65—69, Ruf 28 46 55
sowie durch die öffentlichen Sparkassen

AD HOC - eine neue Studentengruppe

Während der letzten Tage hat sich an unserer Universität eine neue Gruppe gebildet: Studenten der Fakultäten WiSo, Jura, Medizin und Naturwissenschaften haben sich zu AD HOC zusammengeschlossen. Was hat es mit AD HOC auf sich, was steht dahinter?

In einer am 5. Mai 1969 herausgegebenen Grundsatzerklärung legt AD HOC seine Ziele dar. Diese Ziele wurden in einer Pressekonferenz am 7. Mai erläutert. AD HOC hat sich konstituiert,

- um denjenigen Studenten eine Möglichkeit zur Artikulation zu geben, die auf der Basis eines ungestörten Hochschulbetriebs Reformen durchführen wollen;
- um das Kultusministerium zu veranlassen, akzeptable Hochschul- und Studienreformen in Zusammenarbeit mit den Studenten und der Universität endlich zu verabschieden.

Auf der Pressekonferenz erklärten die Sprecher der Gruppe, daß bei einem geregelten Hochschulbetrieb eine aussichtsreichere Grundlage für Verhandlungen mit dem Kultusministerium gegeben sei.

Die Gruppe setzt sich bereits in einem Referat mit verschiedenen Reformplänen auseinander und ist dabei, neue Vorschläge auszuarbeiten. Die in Zusammenarbeit von Studenten, Universität und Ministerium erreichten Reformvorschläge sollen dann zur Vorlage gebracht werden.

Die Studenten der vier Fakultäten waren AD HOC gegenüber zunächst skeptisch, aber AD HOC hat aus seiner Entstehung und Entwicklung heraus ganz deutlich gezeigt, daß es ihm wirklich um die Reform der Hochschule geht und damit um die Angelegenheiten, die alle Studenten unmittelbar berühren.

AD HOC will keineswegs eine bereits bestehende Hochschulgruppe bekämpfen, sondern mit allen reformwilligen Kräften zusammenarbeiten, soweit es ihnen wirklich um Reformen und nicht um das „Umfunktionieren" von Veranstaltungen und das „Funktionsunfähigmachen" der Universität geht. AD HOC will keinen blinden Aktionismus; er will aber verhindern helfen, daß die Universität zum Stützpunkt einer Art permanenten Berufsrevoluzzertums wird.

Wie es in der AD HOC-Presseverlautbarung vom 7. Mai heißt, distanziert er sich grundsätzlich „von partei- und gesellschaftspolitischen Gruppierungen, um neutral zu bleiben, sachlich objektiv arbeiten zu können und eine Alternative zu bilden. Seine Aktivität beschränkt sich ausschließlich auf die Hochschulpolitik, wobei er nicht ausschließt, im konkreten Fall mit Gruppen zusammenzuarbeiten, mit denen er konzeptionsmäßig übereinstimmt."

H.K.

Zur Legitimation der Fachschaften

Unsere knappe Übersicht gibt den Stand bei Redaktionsschluß wieder:

Folgende Fachschaften haben die angeforderten Unterlagen vollständig eingreicht. Die Fachschaftsvertreter sind ordnungsgemäß gewählt:

Klassische Philologie

Jura

Nach wiederholter Aufforderung wurden die Unterlagen (Protokolle und Fachschaftsordnungen) geschickt, eine vorläufige Amtsenthebung wurde aufgehoben für die Vertreter der Fachschaften:

Wirtschaftswissenschaften	Romanistik
Geschichte	Leibeserziehung
Slawistik	Philosophie

In ihren Ämtern geblieben, wenn auch die Unterlagen zum Teil nur lückenhaft vorliegen (eine endgültige Entscheidung steht noch aus: Frage der Legitimation der Wahlberechtigten in den Vollversammlungen) sind die Vertreter der Fachschaften:

Mathematik

Anglistik

Den Vertretern folgender Fachschaften wurde es untersagt, weiterhin für die Fachschaft aufzutreten, da hier der dringende Verdacht besteht, daß die Legitimation der Wahlberechtigten nicht nachgeprüft worden ist, und da die Fachschaftsvertreter sich weigern, die angeforderten Unterlagen zu übersenden:

Medizin	Zahnmedizin
Pharmazie	Chemie
Physik	Geophysik
Völkerkunde	Soziologie
Psychologie	Biologie

Abt. f. Erziehungswissenschaften

Öffentlichen Ankündigungen kann entnommen werden, daß sich in der Zwischenzeit zwei neue Fachschaften gebildet haben: Wirtschaftspädagogik und Politologie. Die Studentenschaft wurde um Stellungnahme hierzu aufgefordert.

Letzte Meldung:

Auch die Legitimation der Fachschaft Anglistik konnte endgültig festgestellt werden. Der Fachschaftsrat der Phil. Fakultät konnte ebenfalls seine Rechtmäßigkeit nachweisen.

FACHSCHAFTSARBEIT

Unbeeindruckt von der Tatsache, daß ihr das Recht, für die Fachschaft zu sprechen, vom Rektor aberkannt wurde, sandte die „Fachschaftsleitung" der Mediziner unserer Redaktion einen forschen Brief mit „antiautoritären" Grüßen. In dem Schreiben werden wir aufgefordert, im nächsten „uni report" eine Richtigstellung zu bringen.

Die Schreiber fühlen sich verunglimpft durch unsere Feststellung, daß bei einigen Fachschaften, darunter der medizinischen, „auf Grund der Unterlagen eine Legitimation nicht gegeben sei" („uni report" Nr. 3/69 — S. 8).

Ihren Antrag auf Richtigstellung begründen die Schreiber folgendermaßen: „Da die Fachschaft Medizin die entsprechenden Akten dem Rektor nicht zugesandt hat (siehe entsprechende Briefe), ist die Behauptung falsch, daß bei dieser Fachschaft eine Legitimation nicht gegeben sei."

Sicherlich ist es für Mediziner nicht das Wichtigste, einen Zeitungstext genau zu lesen, wenn man jedoch Richtigstellungen fordert, so sollte man den entsprechenden Text doch ein wenig genauer anschauen. Auf Grund der Unterlagen, nämlich der von den Schreibern angeführten Briefe, ist in der Tat keine Legitimation gegeben.

Die Fachschaft begründete einst ihre Weigerung, dem Rektor die entsprechenden Unterlagen zu übersenden, mit dem Hinweis auf ihre Zeit- und Finanzknappheit. Vielleicht könnte man die Zeit und den Aufwand für solche Schreiben wie das an uns etwas besser nutzen.

Kultusminister zu Hochschulfragen

Auf Wunsch der Ministerpräsidentenkonferenz wurden gemeinsam mit dem Vorsitzenden der eingesetzten Sonderkommission, Justizminister Dr. Strelitz, Hessen, die erarbeiteten Grundsätze für eine möglichst übereinstimmende **Länderhochschulgesetzgebung** sowohl im Hinblick auf die bereits vorliegenden Grundsätze zur Hochschulreform wie auch hinsichtlich der Neufassung des Ordnungsrechtes beraten. — In Übereinstimmung mit der Westdeutschen Rektorenkoferenz wurde die **„Rahmenordnung für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaften"**, die auch die Pädagogischen Hochschulen einbezieht, einstimmig gebilligt. Den vom Hochschulausschuß vorgelegten Rahmenrichtlinien über die Vergabe von Promotionsstipendien an wissenschaftlichen Hochschulen wurde im Grundsatz zugestimmt.

Der Wortlaut des Beschlusses kann beim Sekretariat der Kultusministerkonferenz, 53 Bonn, Nassestraße 8, angefordert werden.

Kultusminister Dr. Huber erstattete einen Bericht über eine erste Zusammenkunft zwischen Mitgliedern der Kultusministerkonferenz und Intendanten der Rundfunk- und Fernsehanstalten zur Erörterung gemeinsam berührender Fragen des **Schul- und Hochschulfernsehens.** Zur Fortsetzung der weiteren Beratungen wurde im Grundsatz der Einrichtung einer „Arbeitsgemeinschaft für Schul- und Hochschulfernsehen" zugestimmt. Die Verhandlungen sollen in der bisherigen Form zwischen Kultusministerkonferenz und Intendanten der Rundfunk- und Fernsehanstalten fortgesetzt werden. Dabei soll auch die Einrichtung einer Dokumentationsstelle vorrangig erörtert werden. — Der bereits bestehenden besonderen Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz für Fragen des Unterrichtsfernsehens wurde auch die Bearbeitung derjenigen Fernsehfragen übertragen, die den Bereich der Hochschulen und der Erwachsenenbildung berühren.

(Aus der Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz vom 20./21. 3. 1969.)

Index zum „uni-report"

Wir haben noch einige Exemplare des Inhaltsverzeichnisses für den „uni-report" 1968 übrig. Interessenten werden gebeten, ihn in der Pressestelle abzuholen.

ALLES FÜR ALLE REISEN

Ihr Reisebüro in Frankfurt

Kaiserstraße 14
Telefon 20576

HAPAG LLOYD REISEBÜRO

Auslandspraktika ungenutzt

Wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) in seinem letzten Presse-Rundschreiben mitteilte, hat das Interesse deutscher Studenten an Praktika im Ausland während des vergangenen Jahres nachgelassen. Insgesamt wurden nur zwei Drittel der angebotenen Praktika ausgenutzt. Wir möchten darauf hinweisen, daß Sie sich über diese Angebote im Akademischen Auslandsamt unserer Universität informieren können.

Personalien

Ernennung zum ordentlichen Professor:

Priv.Doz. Dr. phil. Peter **Herde** (Mittlere und Neuere Geschichte)

Peter Herde, geb. 1933 in Ratibor, studierte in Heidelberg und München. Promotion 1958 und Habilitation 1964 in München. Dort seit 1965 Privatdozent. Im März 1968 bernahm er die Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Mittlere und Neuere Geschichte II an der Universität Frankfurt.

Sein Arbeitsgebiet ist die Reichs- und Papstgeschichte des Hoch- und Spätmittelalters einschl. der Historischen Hilfswissenschaften sowie die Rechts- und Verfassungsgeschichte. Das Schwergewicht liegt auf dem 13. Jh. Er gilt als ein hervorragender Fachmann für die hochmittelalterliche Papstgeschichte. Durch seine Lehrtätigkeit als Gastprofessor in Berkeley wurde er auch in Amerika bekannt, wie Rufe nach Berkeley, Washington und an die Bryn Mawr University beweisen. Herr Herde ist Mitarbeiter der Monumenta Germaniae Historica. Sein Schriftenverzeichnis ist sehr umfangreich.

a.o. Prof. Dr. med. Karl **Pirlet** (Physikalisch-Diätetische Therapie, Balneologie und Bioklimatologie)

Karl Pirlet, geb. 1920 in Aachen, studierte in Köln, Marburg und Tübingen. Promotion 1949, Habilitation 1960. Seit Januar 1963 außerordentlicher Professor in der Medizinischen Fakultät der Universität Frankfurt.

In seinen Veröffentlichungen und Vorträgen beschäftigt sich Herr Pirlet u. a. mit: der Beziehung zwischen Körperbau und vegetativer Struktur (Stoffwechsel und Kreislauf); individuellen Unterschieden im thermoregulatorischen Verhalten und ihrer Bedeutung für die Physikalische Therapie; physikalisch-therapeutischen Einflüssen auf die Atemwege; dem menschlichen Wärmehaushalt im Wasser; der Schweißdrüsenfunktion bei klima-therapeutischen Anwendungen; dem thermoregulatorischen Verhalten von Kreislaufkranken und den Übungseffekten an Kreislauf und Stoffwechsel unter physikalisch-therapeutischen Maßnahmen.

a.o. Prof. Dr. med. Karl **Schöffling** (Innere Medizin)

Karl Schöffling, geb. 1921 in Sobernheim, studierte in Heidelberg und Frankfurt. Promotion 1950 und Habilitation 1959 an der Universität Frankfurt. Von 1951—1967 ärztliche Tätigkeit in den Universitätskliniken Frankfurt/M. Dort ab Juli 1964 apl. Professor. Ab 1967 Abteilungsvorsteher für Innere Medizin an der Universität Ulm. Im März 1968 Ernennung zum a.o. Professor Klinische Endokrinologie an der Universität Frankfurt. Seit Dezember 1968 einer der Direktoren des Zentrums für Innere Medizin.

In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte sich Herr Schöffling mit der Immunpathologie der experimentellen Glomerulonephirits, der Sekretion von Steriod-Hormonen, dem Wirkungsmechanismus und dem klinischen Effekt der oralen Antidiabetika, den Folgen der totalen Ausschaltung von Hypophyse und Pankreas beim Hund, der biochemischen Natur der sogenannten Insulinwirkung der cytogenetisch faßbaren Erkrankungen der inneren Sekretion und des Stoffwechsels und der Monographie über den „Hypogonadismus des männlichen Diabetikers".

Priv.Doz. Dr. rer. pol. Wolfram **Engels** (Kredit- und Kapitalverkehr)

Berufung auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt.

Wolfram Engels, geb. 1933 in Köln, studierte in Hamburg, Köln und an der Columbia University New York. Promotion 1961 und Habilitation 1968. Von 1961 bis 1964 kaufmännische Tätigkeit in der Gladbacher Wollindustrie. Danach wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität des Saarlandes. Im Wintersemester 1968/69 Lehrauftrag an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt.

Herr Engels beschäftigte sich in seiner Dissertation, die ihn rasch bekannt machte, mit der Bedeutung der Entscheidungstheorie für die betriebswirtschaftliche Bewertungslehre. Seine Habilitationsschrift und auch eine Reihe weiterer Arbeiten enthalten neben zahlreichen neuen Erkenntnissen viele Anregungen für die Forschung.

Erennung zum ordentl. Prof. (persönl. Ordinarius): a. o. Prof. Dr. med. Hubert Harbauer.
(Kinderpsychiatrie)

Hubert Harbauer, geb. 1919 in Würzburg, studierte in Würzburg, München und Heidelberg. Promotion 1948, Habilitation 1960. Von 1950 bis 1961 wissenschaftliche und ärztliche Tätigkeit an der Universität Köln. Danach Privatdozent und apl. Professor (1966) an der Universität Marburg. Seit Juni 1967 a.o. Professor an der Universität Frankfurt.

Herr Harbauer gehört dem Vorstand der Deutschen Vereinigung für Jugendpsychiatrie und dem Vorstand des III. Europäischen Kongresses für Kinderpsychiatrie an und ist seit 1962 Schriftleiter des „Jahrbuches für Jugendpsychiatrie". Seine wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigen sich mit den Fragen der Reifungsbiologie, mit Problemen der Psychohygiene und Verhaltensstörungen, mit hirnorganischen Erkrankungen im Kindesalter und Psychosen. Seine Untersuchungen über Verbrennungspsychosen und Defektzustände nach schweren Verbrennungen erschienen als Monographie.

Verleihung der Bezeichnung „apl. Professor":

Priv.Doz. Dr. rer. nat. Hans-Erich **Reineck** (Geologie und Paläontologie)

Hans-Erich Reineck, geb. 1918 in Nürnberg, studierte in München. Promotion 1953, Habilitation 1963. Nach mehrjähriger wissenschaftlicher Tätigkeit an der Forschungsanstalt für Meeresgeologie und Meeresbiologie „Senckenberg" in Wilhelmshaven übernahm er 1961 deren Leitung. 1967 wurde er in England zum Präsidenten der International Association of Sedimentologists gewählt.

Herr Reineck beschäftigt sich u. a. mit geologischen Problemen der Sedimentologie, mit Sedimentstrukturen und den auf den Sedimentoberflächen befindlichen Spuren. Er betrieb aktuogeologische und sedimentologische Untersuchungen im Gebiet der deutschen Nordseeküste. Er gilt als einer der besten Kenner des Watts und der hier auftretenden Sedimentationsbedingungen und Faziesprobleme. Die von ihm entwickelten Geräte und Untersuchungsmethoden fanden im In- und Ausland große Beachtung und Anerkennung. Durch Forschungsreisen in das Ausland wurde er mit dem Problem anderer Meeresgebiete vertraut und konnte Kontakt mit anderen Meeresforschern aufnehmen.

Emeritierungen:

Prof. Dr. phil. Otto **Veit** (Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbes. Währungs- und Bankpolitik)

Prof. Dr. med. Eduard **Güntz** (Orthopädie)
Prof. Dr. phil. Herbert **Staude** (Physikalische Chemie)

Prof. Dr. phil. Karl **Banse** (Betriebswirtschaftslehre, insbes. Handelsbetriebslehre)

Prof. Dr. phil. Martin **Rang** (Pädagogik)

Prof. Dr. phil. Karl **Gleu** (Anorganische Chemie)

Einen Ruf an eine andere Universität haben erhalten:

Prof. Dr. rer. pol. Waldemar Wittmann (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensforschung), Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, auf einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Univerität Tübingen.

Prof. Dr. phil.nat. Hans-Walter **Georgii** (Physik der Atmosphäre) auf den ordentlichen Lehrstuhl für Meteorologie an der Universität Mainz

apl. Prof. Dr. rer. nat. Klaus-Peter **Vogel** (Geologie und Paläontologie) auf den ordentlichen Lehrstuhl für Paläontologie an der Universität Frankfurt und einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Geologie und Paläontologie II an der Universität Stuttgart

Wiss.Rat und Prof. Dr. rer.nat. Jürgen **Boeckh** (Zoologie) auf einen Lehrstuhl für Biologie an der Universität Regensburg

Prof. Dr. phil. Helmut **Brackert** (Deutsche Philologie) als full professor an die University of Massachusetts in Amherst/USA

Prof Dr. rer. nat. Manfred **Pilkuhn** (Physik) auf einen ordentlichen Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Universität Stuttgart.

Einen Ruf an eine andere Universität haben angenommen:

Prof. Dr. med. Günter **Stüttgen** (Dermatiologie und Venerologie) auf ein Ordinariat an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. phil. Hans **Scheuerl** (Pädagogik) auf ein Ordinariat für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg.

Einen Ruf an eine andere Universität haben abgelehnt:

Prof. Dr. med. Hans-Dieter **Taubert** (Gynäkologische Endokrinologie) einen Ruf an die Temple University in Philadelphia.

Vertretung eines Lehrstuhls:

Prof. Dr. phil. Karl **Banse** (Betriebswirtschaftslehre, insbes. Handelsbetriebslehre) wird die Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Handelsbetriebslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt im SS 69 übernehmen.

em. Prof. Dr. phil. Otto **Veit** (Wirtschaftl. Staatswissenschaften, insbes. Währungs- und Bankpolitik) wurde mit der Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften VI, insbes. für Währungs- und Bankpolitik beauftragt.

Umhabilitation an die Universität Frankfurt:

Priv.-Doz. Dr. med. Dr. rer. nat. Christoph **Woenckhaus**, seither Ruhr-Universität Bochum, hat sich nach der Universität Frankfurt für das Fach „Biochemie" umhabilitiert.

Die „venia legendi" und damit die Bezeichnung „Privatdozent" wurde verliehen an:

Dr. med. Günther **Thomalske** für das Fach „Neurochirurgie"

Dr. med. Gerd **Rosemann** für das Fach „Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde"

Dr. med. Lothar **Nowicki** für das Fach „Innere Medizin"

Dr. med. Christoph **von Ilberg** für das Fach „Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde"

Dr. med. Joachim **Hüter** für das Fach „Gynäkologie und Geburtshilfe"

Dr. med. Fritz **Ball** für das Fach „Kinderheilkunde und pädiatrische Röntgenologie"

Dr. rer.pol. Hans **Raffée** für das Fach „Betriebswirtschaftslehre"

Dr. phil. Andreas **Kronenberg** für das Fach „Völkerkunde"

Dr. phil. Wolfgang **Lindig** für das Fach „Völkerkunde".

Lehraufträge:

Naturwissenschaftliche Fakultät
Prof. Dr. rer.nat. Helmut Hans **Dittrich** für das Fach „Ökologie und spez. Stoffwechsel der Mikroorganismen"

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Assessor Gerhard **Fieseler** für „Behandlung strafrechtlicher Fälle"

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Dr. phil. Heinrich **Seiler** für „Probleme und Verfahren der empirischen Pädagogik"

Lehrtätigkeit an einer auswärtigen Hochschule:

Prof. Dr. phil. Helmut **Viebrock** (Englische Philologie) hat vom 15. April bis 3. Mai 1969 auf Einladung Vorlesungen über verschiedene Gebiete seiner Forschungen, insbes. über englisch-deutsche literarische Beziehungen im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart und über Politische Rhetorik und Stilforschung an der Universität Malta gehalten.

Prof. Dr. rer.nat. Rolf **Kulze** (Mathematik) hat im Sommersemester 1969 einen Lehrauftrag an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mainz übernommen.

Forschungsaufenthalt

Prof. Dr. iur. Adalbert **Erler** (Deutsche Rechtsgeschichte, Kirchenrecht und Zivilrecht) ist ab 15. Februar 1969 zu einem Forschungssemester in Italien. Während dieser Zeit wird er außerdem an den Universitäten in Lissabon, Porto und Coimbra Gastvorträge halten.

Gastprofessor:

Prof. Dr. Emil Mazur hat vom 1. April bis 15. Juli 1969 eine Gastprofessur in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt übernommen.

Entlassung:

Auf eigenen Wunsch wurde Prof. Dr. med. Niels Kaj **Jerne** zum 15. Juli 1969 aus dem hessischen Staatsdienst entlassen, er wird in der industriellen Forschung weiterarbeiten.

Sonstige Ernennungen:

Priv.Doz. Dr. rer.nat. Werner **Rathmayer** (Zoologie) wurde zum Abteilungsvorsteher an der Universität Konstanz ernannt.

Auslandsbeziehungen:

Prof. Dr. phil. Eike **Haberland** (Kultur- und Völkerkunde) reiste vom 15. Februar bis etwa 1. März 1969 nach Fort Lamy (Tschad), um dort eine vom Auswärtigen Amt veranstaltete Ausstellung über deutsche Forschung im Tschadsee-Gebiet zu eröffnen. Bei dieser Gelegenheit hat er auch eine kurze Informationsreise bei verschiedenen Völkergruppen am Tschadsee unternommen und auf dem Rückflug bei kurzen Zwischenaufenthalten mit der Universität Kano (Nigeria) und dem IFAN-Zentrum in Niamey (Niger) Kontakt aufgenommen. Die Reise wurde vom Auswärtigen Amt bzw. der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert.

Prof. Dr. phil. Reinhard Walter **Kaplan** (Mikrobiolgoie) nahm vom 10. bis 15. Februar 1969 am internationalen Symposium über „Mutation as a cellular process" in London teil.

Prof. Dr. med. Otto **Käser** (Geburtshilfe und Gynäkologie) wird vom 22. bis 25. Mai 1969 am Kongreß der Société de Gynécologie française in Grenoble teilnehmen.

Prof. Dr. phil. Peter **Herde** (Mittlere und Neuere Geschichten hat vom 30. April bis 4. Mai 1969 am Internationalen Byzantinistenkongreß in Bari teilgenommen.

Prof. Dr. med. Karl-Heinz **Degenhardt** (Humangenetik und vergleichbare Erbpathologie) hat vom 4. bis 12. Mai 1969 am 7. Fortbildungskongreß des Europaeum Medicum Collegium in Salsomaggiore-Terme/Italien teilgenommen.

Prof. Dr. phil.nat. Hans Ludwig **Schläfer** (Physikalische Chemie) hat vom 11. April bis 15. Mai 1969 eine Studien- und Vortragsreise nach verschiedenen Universitäten in den USA, Kanada und England durchgeführt. Prof. Schläfer wurde von Dr. Gausmann begleitet.

Prof. Dr. rer. nat. Klaus-Peter **Vogel** (Geologie und Paläontologie) hat vom 24. März bis 8. April 1969 Forschungsarbeiten an der Ecole des Mines und dem Musée d'Histoire naturelle in Paris durchgeführt.

Prof. Dr. med. Dr. phil. Friedrich **Ruttner** (Zoologie) hat vom 14. bis 25. April 1969 zum Studium der Bienenstämme und der dort üblichen Methoden der Königinnenaufzucht nach Jugoslawien gefahren.

Prof. Dr. med. Otto **Hövels** (Kinderheilkunde) fuhr vom 9. April bis 15. April 1969 in den Libanon. Er wurde eingeladen, einen Gastvortrag vor dem Department of Pediatros der Amerikanischen Universität in Beirut zu halten.

Prof. Dr. rer. nat. Martin **Lindauer** (Zoologie) hat auf Einladung von Prof. Dethier/Princeton und der American Academy of Arts and Siences vom 3. bis 6. Februa 1969 an einem Symposion über Lernmechanismen in Boston/USA teilgenommen.

Ehrung:

Prof. Dr. rer. nat. Martin **Lindauer** (Zoologie) wurde zum korrespondierenden Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Bayrischen Akademie der Wissenschaften gewählt.

---

uni-report

im Universitätsverlag Frankfurt/M.

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Redaktion: Klaus Viedebantt.

Erscheinungsweise: Unregelmäßig während der Semestermonate, mindestens jedoch dreimal im Semester.

Auflage: 11 000 Exemplare.

Redaktionsanschrift: Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 17, Telefon 798/25 31 und 798/24 72.

Anzeigen: Friedrich Schotte.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH.

Bezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.